



Bundesnetzagentur | Postfach 80 01 | 53105 Bonn

**Zustellung gegen Empfangsbekenntnis**

TenneT TSO GmbH

Bernecker Straße 70

95448 Bayreuth

Vorab per Mail an: [REDACTED]

Ihr Antrag vom

10.03.2022

Mein Zeichen

4.14.03.02/21-010

☎ 0228

[REDACTED]  
oder 14-0

Bonn

24.06.2022

**Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 26 Abs. 2 und 4 KVBG i.V.m. § 13b Abs. 2 und 5 EnWG bezüglich der Verlängerung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Heyden Block 4 (BNA0793)**

In dem Verwaltungsverfahren gegenüber

der TenneT TSO GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung, Bernecker Str. 70, 95448 Bayreuth

**-Antragstellerin-**

unter Beteiligung der

Uniper Kraftwerke GmbH, vertreten durch den Vorstand, Holzstraße 6, 40221 Düsseldorf

**-Beigeladene-**

**wegen:** des Antrages auf Verlängerung der Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Heyden Block 4 (BNA0793)

Bundesnetzagentur für  
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,  
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn  
Tulpenfeld 4  
53113 Bonn  
☎ 0228 14-0

Telefax Bonn  
0228 14-8872

E-Mail  
poststelle@bnetza.de  
Internet  
<http://www.bundesnetzagentur.de>

**Bitte neue Bankverbindung beachten!**  
Bundeskasse Weiden  
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg  
BIC: MARKDEF1750  
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

Datenschutzhinweis:

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Nähere Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten in der BNetzA können Sie der Datenschutzerklärung auf <https://www.bundesnetzagentur.de/Datenschutz> entnehmen. Sollte Ihnen ein Abruf der Datenschutzerklärung nicht möglich sein, kann Ihnen diese auch in Textform übermittelt werden.

hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller am 24.06.2022 entschieden:

1. Der Antrag der Antragstellerin vom 10.03.2022 auf Verlängerung Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Heyden Block 4, beginnend am 01.10.2022 bis zum 30.09.2024, wird genehmigt.
2. Die Antragstellerin wird verpflichtet, der Bundesnetzagentur über den Fortgang der Planung und die Vorbereitung der Installation von zwei Trockenspulen [REDACTED] alle vier Monate, beginnend ab dem 08.08.2022, schriftlich zu berichten.
3. Der Widerruf bleibt vorbehalten.

## **Gründe:**

### **I.**

Die Beteiligte, die Betreiberin der Anlage Heyden Block 4 (im Folgenden: Heyden), nahm an der ersten Ausschreibungsrunde zur Reduzierung der Kohleverstromung nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) im Jahr 2020 teil. Ihr Gebot bezüglich der Anlage Heyden erhielt einen Zuschlag. Die Bundesnetzagentur (im Folgenden: BNetzA) informierte am 01.12.2020 die Übertragungsnetzbetreiber (im Folgenden: ÜNB), welche Anlagen einen Zuschlag in der ersten Ausschreibungsrunde erhalten hatten. Zudem teilte sie mit, dass das Kohleverfeuerungsverbot für die bezuschlagten Anlagen am 08.07.2021 wirksam wird. Im Anschluss prüften die Übertragungsnetzbetreiber gemeinsam, welche der betreffenden Anlagen ab dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Kohleverfeuerungsverbots systemrelevant im Sinne von § 13b Absatz 2 Satz 2 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) sind.

Mit Schreiben vom 26.02.2021 (eingegangen bei der BNetzA am 26.02.2021) teilte die Antragstellerin mit, dass Heyden systemrelevant sei und beantragte die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung von der BNetzA. Dabei erklärte die Antragstellerin auch, dass sich die Systemrelevanz Heydens aus der Blindleistungsbereitstellung durch die Anlage ableite, und sie sich daher aus Verhältnismäßigkeits- und Effizienzkriterien veranlasst sehe, die sofortige Umrüstung Heydens zu einer rotierenden Phasenschieberanlage (rPSA) gem. §§ 26 Abs. 4 Satz 1, 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 KVBG von der Beteiligten zu verlangen. Diesbezüglich führte die Antragstellerin weiter aus, dass Heyden für den Fall, dass sich ein Umbau zur rPSA nicht bis zur Stilllegung des Kernkraftwerks Grohnde zum 31.12.2021 realisieren lasse, als systemrelevantes Kraftwerk zur Blindleistungsbereitstellung zur Verfügung stehen müsse. Für diesen Fall werde eine Genehmigung der Systemrelevanzausweisung für den Zeitraum vom 08.07.2021 bis zum 07.07.2023 beantragt, damit Heyden so bis zur Umrüstung zur rPSA für die Blindleistungsbereitstellung genutzt werden könne. Als Umrüstungszeitraum kämen in dieser Konstellation laut Antragstellerin die windreichen Monate von Oktober 2022 bis März 2023 in Betracht.

Mit Bescheid vom 01.06.2021 (Az.: 4.14.03.02/21-010)<sup>1</sup> genehmigte die Bundesnetzagentur den Antrag auf Systemrelevanzausweisung bis zum 30.09.2022 und stellte weiterhin fest, dass die Antragstellerin von der Beigeladenen die Umrüstung von Heyden zu einem Betriebsmittel zur Bereitstellung von Blindleistung verlangen darf und diesen Anspruch unverzüglich zu realisieren hat. Zudem wurde die Antragstellerin verpflichtet, gemeinsam mit der Beigeladenen in regelmäßigen Abschnitten über den Fortschritt der für die Umrüstung erforderlichen Planungen zu berichten. Des Weiteren wurde verfügt, dass die Antragstellerin einen Antrag auf Verlängerung der Systemrelevanzausweisung für den Fall zu stellen hat, dass die Inbetriebnahme der zur rPSA umgerüsteten Anlage bis zum 01.04.2023 nicht erfolgen kann.

Hinsichtlich aller weiteren Einzelheiten des Verfahrens, das der genannten Entscheidung der Bundesnetzagentur zugrunde lag, wird auf Sachverhaltsdarstellung im Bescheid vom 01.06.2021 und die zugehörige Verfahrensakte verwiesen.

Im Rahmen der gemeinsamen Gespräche zwischen Antragstellerin, Beigeladener und Bundesnetzagentur zu den jeweils am 08.08.2021, 08.12.2021 und 08.04.2022 vorzulegenden Projektberichten bzw. zur Besprechung der am 26.10.2021 vorgelegten Konzeptstudie inklusive der Ergänzung selbiger vom 29.10.2021, stellte sich heraus, dass eine Umrüstung Heydens und Inbetriebnahme der rPSA zum 01.04.2023 aller Voraussicht nach nicht möglich wäre. Dies begründe sich zum einen durch die entsprechenden Lieferzeiten für die Beschaffung der notwendigen Komponenten sowie des Umfangs der am Anlagenstandort erforderlichen Anlagen. Die Antragstellerin wurde von der Bundesnetzagentur aufgefordert, anderweitige Maßnahmen und Alternativen zu prüfen, die entweder eine um wenige Monate verzögerte Inbetriebnahme der umgerüsteten rPSA ermöglichen oder sogar gegebenenfalls die Umrüstung Heydens bzw. den Einsatz Heydens zum spannungsbedingten Redispatch obsolet machen würde.

Am 10.03.2022 stellte die Antragstellerin einen Antrag auf Verlängerung der Systemrelevanzausweisung bis zum 30.09.2024 und hielt aufgrund wirtschaftlicher Erwägungen nach wie vor am Umrüstungsverlangen fest, da sich die Umrüstung Heydens zur rPSA in kurzer Zeit amortisieren würde. Dies resultierte vor allem daher, dass bei einem weiteren Reservebetrieb von Heyden zum Zwecke des spannungsbedingten Redispatches mit jährlichen Leistungsvorhaltekosten in Abhängigkeit von Brennstoff- und Emissionszertifi-

---

<sup>1</sup> Abrufbar unter: [https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen\\_Institutionen/Versorgungssicherheit/Erzeugungskapazitaeten/systemrelevante\\_KW/Tennet\\_Heyden\\_080621.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Erzeugungskapazitaeten/systemrelevante_KW/Tennet_Heyden_080621.pdf?__blob=publicationFile&v=2)

katspreisen in Höhe [REDACTED] Euro anfallen würden. Für die Umrüstung Heydens zur rPSA fielen dagegen [REDACTED] Euro und weitere jährliche Betriebskosten in Höhe von [REDACTED] Euro an.

Allerdings wies die Antragstellerin ebenfalls darauf hin, dass die Alternativenprüfung noch kein abschließendes Ergebnis hinsichtlich aller in Betracht kommenden Maßnahmen hervorbringen konnte. Zum Zeitpunkt der Antragstellung stand noch aus, ob die Installation von Drosselspulen in Form von (Trockenspulen) in der Region um Heyden eine taugliche Alternative darstellen würde.

In der Folgezeit teilte die Antragstellerin der Bundesnetzagentur mit, dass die Installation von zwei Trockenspulen am [REDACTED] in technischer Hinsicht geeignet sei, um auf den Einsatz Heydens zum spannungsbedingten Redispatch bzw. die Umrüstung Heydens zur rPSA zu verzichten. Insoweit entfielen die Systemrelevanz von Heyden mit der Inbetriebnahme der Trockenspulen, da die Anlage dann nicht mehr für die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems benötigt würde. Allerdings müssten diese eigens bestellt werden und könnten nicht – wie zunächst geprüft – von einem anderen Projekt der Antragstellerin abgezogen werden. Zudem müsse zuvor noch eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden, ob und wie die Installation am [REDACTED] [REDACTED] erfolgen könne.

Die Ergebnisse dieser Machbarkeitsstudie wurden der Bundesnetzagentur am 25.05. und 31.05.2022 vorgestellt. Eine Inbetriebnahme der Trockenspulen könne danach voraussichtlich bis zum 01.04.2024 erfolgen. Lieferschwierigkeiten infolge der Corona-Pandemie und des Krieges in der Ukraine können allerdings nicht ausgeschlossen werden. Der Betrieb der Spulen würde nach aktuellem Kenntnisstand der Antragstellerin bis Ende 2024 benötigt, soweit die anderen von der Antragstellerin geplanten Vorhaben in der Region, deren Inbetriebnahme ebenfalls für Ende 2024 vorgesehen ist, realisiert werden können. Im Anschluss an die Verwendung am [REDACTED] würden die betreffenden Trockenspulen im Rahmen anderer Vorhaben der Antragstellerin Verwendung finden können. Als Kostenschätzung wurden [REDACTED] Euro für die Spulen und [REDACTED] Euro für Schaltfelder oder [REDACTED] Euro für mobile Schaltfelder angegeben.

Aufgrund der Untersuchungen der Antragstellerin sowie der Machbarkeitsstudie zur Errichtung der Trockenspulen, die jeweils von der Bundesnetzagentur nachvollzogen werden konnten, teilte die Bundesnetzagentur der Antragstellerin noch am 31.05.2022 mit, dass sie statt der Umrüstung Heydens zur rPSA nunmehr die Installation der Trockenspulen als Alternative zu einem Weiterbetrieb Heydens zum spannungsbedingten Redispatch

verfolgen soll. Im Anschluss an diese Meldung unterrichtete die Antragstellerin die Beigeladene darüber, dass sie von ihrem Umrüstungsverlangen Abstand nehme. In der Folge bat die Bundesnetzagentur die Antragstellerin um Fristverlängerung zur Entscheidung bis zum 24.06.2022, welcher die Antragstellerin am 07.06.2022 zustimmte

Der Beigeladenen wurde am 16.06.2022 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Aufgrund des Umstands, dass der Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Spulen ungewiss sei, beabsichtige die Bundesnetzagentur den Antrag bis zum 30.09.2022 zu genehmigen, die Entscheidung jedoch unter den Vorbehalt des Widerspruchs hinsichtlich der Länge der Systemrelevanzausweisung zu stellen, da die Systemrelevanz von Heyden mit der Inbetriebnahme der Trockenspulen entfalle. Die entsprechende Widerrufsentscheidung würde, um der Planungssicherheit der Beigeladenen Rechnung zu tragen, so ausgestaltet, dass sie erst mit einem Vorlauf von acht Monaten wirksam würde.

In ihrer Stellungnahme führte die Beigeladene aus, dass für eine erneute bzw. verlängerte Systemrelevanzausweisung die Rechtsgrundlage fehle. Aus Gründen der Planungssicherheit sei zudem eine Vorlaufzeit von 13 Monaten zu gewähren. Zudem sei es ihrer Auffassung nach zu bezweifeln, ob die Systemrelevanzausweisung vorliegend überhaupt mit einem Widerrufsvorbehalt versehen würden dürfe. Dazu führte sie weiter aus, dass ein gebundener begünstigender Verwaltungsakt nicht nach § 36 Abs. 1 Alt. 2 VwVfG mit dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall versehen werden darf, dass die bei Erlass des Verwaltungsakts erfüllten Voraussetzungen künftig wegfallen und stützte sich dabei auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 09.12.2015 (Az.: 6 C 37/14).

Wegen der weiteren Einzelheiten des Verfahrens wird auf den Inhalt der Verfahrensakte Bezug genommen.

## II.

Dem Antrag auf Genehmigung der Verlängerung der Systemrelevanzausweisung für Heyden bis zum 30.09.2024 ist stattzugeben, da dieser zulässig und begründet ist (1.). Die Genehmigung ist jedoch nur unter dem Vorbehalt des Widerrufs zu erteilen, da die Systemrelevanz von Heyden nach aktuellem Kenntnisstand mit der Installation und Inbetriebnahme von zwei Trockenspulen [REDACTED] endet (2.). Damit die Entscheidung über den Widerruf unter Wahrung der Interessen aller Verfahrensbeteiligung, soweit erforderlich, ausgeübt werden kann, ist die Antragstellerin dazu zu verpflichten, der Bundesnetzagentur in regelmäßigen Abständen über den Fortschritt zur Installation und Inbetriebnahme der Trockenspulen zu berichten (3.).

1. Das Kraftwerk Heyden ist noch bis zum 30.09.2024 systemrelevant i.S.v § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG. Hinsichtlich der Begründung wird auf die entsprechenden Passagen der Entscheidung der Bundesnetzagentur vom 01.06.2021 (Az.: 4.14.03.02/21-010) verwiesen, da sich der Sachverhalt insgesamt (mit Ausnahme der Entwicklungen um die Trockenspulen am [REDACTED]) nicht verändert hat. Heyden wird nach wie vor zur Spannungshaltung in der Region benötigt, bis anderweitige Kompensationsanlagen der Antragstellerin in der Region in Betrieb genommen werden können. Da eine Realisierung dieser Anlagen nach derzeitigem Planungsstand der Antragstellerin bis Ende 2024 erfolgt, Heyden in den windreichen Monaten von Oktober bis März zum spannungsbedingten Redispatch nicht benötigt wird, kann das Ende der hiesigen Systemrelevanzausweisung auf den 30.09.2024 datiert werden.

2. Der Widerrufsvorbehalt ist zulässig und begründet.

Er ist auf Grundlage von § 36 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 3 VwVfG zulässig, da die Möglichkeit zum Widerruf sicherstellt, dass die Voraussetzungen des Verwaltungsakts – der Systemrelevanzausweisung Heydens gem. Zif. 1 dieser Entscheidung – erfüllt werden. Denn mit der Installation und Inbetriebnahme der Trockenspulen ist davon auszugehen, dass die Voraussetzungen des § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG in Bezug auf Heyden nicht mehr vorliegen würden. Bestünde keine Möglichkeit für die Bundesnetzagentur auf diesen Umstand reagieren zu können, müsste die Systemrelevanzausweisung Heydens trotz mangelnder Systemrelevanz aufrechterhalten werden.

Der Widerrufsvorbehalt ist auch begründet. Dies ergibt sich nicht allein aus dem zuvor Gesagten. Es ist weiterhin zu beachten, dass die Antragstellerin zwar nach derzeitigem Kenntnisstand von einer Inbetriebnahme der Trockenspulen zum 01.04.2024 ausgeht. Aufgrund der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, der Corona-Pandemie und deren weiteren ungewissen Fortgang in den kommenden Wintermonaten kann jedoch nicht mit der notwendigen Sicherheit von diesem Datum als ein festes Ende der Systemrelevanzausweisung Heydens ausgegangen werden. Mithin besteht ein Bedarf dafür, die Entscheidung zur Dauer der Systemrelevanzausweisung flexibel, aber mit Rücksicht auf die und zur Wahrung der Interessen der Antragstellerin und der Beigeladenen korrigieren zu können.

Insoweit geht auch der Einwand der Beigeladenen fehl, die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung könne als begünstigende und gebundene Entscheidung nicht mit einem Widerrufsvorbehalt versehen werden.

Das von der Beigeladenen zitierte Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist auf den hiesigen Sachverhalt respektive dessen rechtlicher Bewertung in mehrerlei Hinsicht schon gar nicht übertragbar. So handelt es sich bei § 10 des baden-württembergischen Privatschulgesetzes (PSchG), auf die sich die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts bezieht, um eine Vorschrift der Leistungsverwaltung und nicht wie im Falle von § 13b EnWG um eine solche des präventiven Gefahrenabwehrrechts; in Konstellationen des präventiven Gefahrenabwehrrechts ist es jedoch unerlässlich, dass der Behörde ein Beurteilungsspielraum zusteht, vor allem wenn mit ihrer Entscheidung in die Rechte Dritter eingegriffen wird und die Entscheidung auf Grundlage von Prognosen gefällt werden muss, welche von Natur aus mit Unsicherheiten behaftet sind. Insoweit besteht auch ein wesentlicher Unterschied zwischen § 10 PSchG und § 13b EnWG, als wie vor allem § 10 Abs. 3 Satz 1 PSchG zeigt, die Voraussetzungen zur Verleihung der Eigenschaft als anerkannte Ersatzschule aus § 10 Abs. 2 PSchG zum Zeitpunkt der behördlichen Entscheidung allesamt bereits bewiesenermaßen seit drei Jahren erfüllt sein müssen. Im Falle der Systemrelevanzprüfung steht jedoch gerade die Beurteilung eines Sachverhalts im Vordergrund, der sich erst in der Zukunft verwirklichen könnte.

Zudem handelt es sich bei der Verleihung des Status einer anerkannten Ersatzschule nach § 10 PSchG um einen Verwaltungsakt, der auf eine unbeschränkte Zeit hin ausgelegt ist (vgl. die Formulierung „dauernd“ in § 10 Abs. 1 PSchG); ganz im Gegensatz zur Systemrelevanzausweisung und deren Genehmigung, die nur für einen begrenzten Zeitraum möglich ist.



Außerdem verkennt die Beigeladene vorliegend, dass es sich nicht allein um einen lediglich begünstigenden Verwaltungsakt handelt. Gerade im Verhältnis zur Beigeladenen handelt es sich ebenfalls um einen belastenden Verwaltungsakt, der in die verfassungsrechtlich geschützten Positionen aus Art. 12 Abs. 1, 14 Abs. 1 Satz 1 GG der Antragstellerin eingreift. Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts bezieht sich jedoch alleine auf begünstigende, gebundene Verwaltungsakte im Zwei-Personen-Verhältnis und nicht solche mit gleichermaßen begünstigenden und belastenden Elementen wie die Systemrelevanzausweisung. Nicht zu bestreiten ist zwar, dass der Beigeladenen insbesondere im Rahmen ihrer Personalverwaltungen Nachteile entstehen können. Diese werden aber mindestens dadurch aufgewogen, dass die Beigeladene früher mit ihrem Eigentum wieder nach Gutdünken verfahren kann, als im Falle der Umrüstung Heydens zur rPSA oder ohne die Installation der Trockenspulen. Der Widerruf des Eingriffes ist vor diesem Hintergrund somit vielmehr als vorteilhaft für die Beigeladene anzusehen. Dabei ist auch zu bedenken, dass in den Konstellationen des § 13b EnWG sich nicht allein die Sozialbindung des Eigentums aus Art. 14 Abs. 2 GG verwirklicht, sondern diese noch um den Gedanken ergänzt wird, „dass die Sicherstellung der Energieversorgung eine öffentliche Aufgabe von größter Bedeutung ist, weil die Energieversorgung zum Bereich der Daseinsvorsorge gehört und eine Leistung ist, derer der Bürger zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz unumgänglich bedarf.“

BVerfG, Beschl. v. 10. September 2008, Az. 1 BvR 1914/02.

Daraus folgt dann aber gleichermaßen, dass die Belastungen, die ein für die Energieversorgung im Sinne der bundesverfassungsgerichtlichen Rechtsprechung verantwortliches Unternehmen wie die Beigeladene erhöhten Anforderungen ausgesetzt ist. Zudem würde die Bundesnetzagentur im Falle eines Widerrufs (dazu sogleich) dafür Sorge tragen, dass die mit einem Widerruf einhergehenden Belastungen für die Antragstellerin so gering wie möglich ausfallen.

Die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung mag zwar dem ersten Anschein nach als gebundene Entscheidung ausgestaltet sein. Allerdings kommt der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Dauer der Systemrelevanzausweisung ein Ermessen zu, was bereits aus dem Wortlaut von § 13b Abs. 5 Satz 9 EnWG hervor geht („soll“). Dem Grunde nach ist die Entscheidung somit zwar als gebundene anzusehen, in Anbetracht der Quantität jedoch als (zumindest partielle) Ermessensentscheidung. Im Rahmen der Ermessensausübung ist es daher beispielsweise zulässig, die Systemrelevanzausweisung einer Anlage für einen kürzeren Zeitraum

als 24 Monate zu genehmigen. Auch von daher kann der Einwand der Beigeladenen nicht verfangen, da es sich um keine „klassische“ gebundene Entscheidung handelt.

Der Widerrufsvorbehalt ist somit auch verhältnismäßig. Eine auflösende Bedingung der Systemrelevanzausweisung ist nicht gleich geeignet, da in diesem Falle ein Automatismus das Ende der Systemrelevanz bestimmen würde und keine gestaltende Entscheidung der Bundesnetzagentur, in der alle weiteren Verfahrensrechte beachtet werden müssen. Zudem würde dies eine noch größere Planungsunsicherheit für die Beigeladene bedeuten. Für eine Genehmigung der Systemrelevanzausweisung bis zum 30.09.2023 mit der Möglichkeit diese nochmals bis zum 30.09.2024 zu verlängern ist aus ähnlichen Gründen gleichermaßen ungeeignet bzw. im Verhältnis zu einem Widerrufsvorbehalt nicht als das mildere gleich geeignete Mittel anzusehen, da in diesem Falle das Ende der Systemrelevanz Heydens sogar ungewisser bliebe als im Falle eines Widerrufs. Die Bundesnetzagentur hat auch erwogen, an Stelle eines Widerrufsvorbehaltes, die Systemrelevanzausweisung bis zum 30.09.2024 zu genehmigen und die Genehmigung in der Folge, wenn sie im Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Trockenspulen mangels Systemrelevanz von Heyden rechtswidrig geworden ist, nach § 48 VwVfG für die Zukunft oder die Vergangenheit mit sofortiger Wirkung zurückzunehmen. Ein schutzwürdiges Vertrauen auf den Bestand des Verwaltungsakts dürfte auch nicht anzunehmen sein, da die Gründe, aus denen sich in dieser Konstellation die Rechtswidrigkeit des Verwaltungsakts ergäbe, bereits heute – auch hinsichtlich ihres ungefähren Eintritts – bekannt sind. Die Bundesnetzagentur hat sich gegen dieses Vorgehen entschieden, das bei einer unbeschränkten Erteilung der Genehmigung im Falle der Inbetriebnahme der Spulen ohne einen Widerrufsvorbehalt notwendig würde. Insbesondere weil damit der Beigeladenen keine Vorlaufzeit mehr für ihre Planungsprozesse zur Verfügung stünde. Selbst wenn man unterstellt, die Bundesnetzagentur könne auch bei der im Rahmen der Rücknahmeentscheidung notwendigen Ermessenserwägung Interessen der Beigeladenen an der Beibehaltung der Systemrelevanz berücksichtigen, bietet dieses Verfahren nicht die gleiche Absicherung für die Beigeladene, die bei der hier gewählten Lösung über ein Widerrufsverfahren jedenfalls vor einer Rücknahme mit Wirkung für die Vergangenheit abgesichert ist. Gleichzeitig erlaubt dieses Verfahren auch nicht, mit einem interessenausgleichenden Aufhebungsprozess schon vor der Inbetriebnahme zu beginnen. Das verkürzt

die Möglichkeit dem Begehren der Beigeladenen nach Planbarkeit Rechnung zu tragen.

Bei der etwaigen Widerrufsentscheidung wird die Bundesnetzagentur dafür Sorge tragen, dass der Widerruf erst mit einem Vorlauf von acht Monaten seine Wirksamkeit entfaltet. Diese Zeitspanne ist angelehnt an den Zeitraum, der auch der Beigeladenen in der Entscheidung der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Systemrelevanzausweisung des Steinkohlekraftwerks Mehrum Block 3 (BNA0464) gewährt wurde (vgl. Genehmigung der Bundesnetzagentur vom 21.10.2021, Az.: 4.14.03.02\_21-023). Dieses Maß an zeitlichem Vorlauf wird von der Bundesnetzagentur als aus- und hinreichend erachtet, damit die Beigeladene alle notwendigen Vorkehrungen am Standort vor der Stilllegung der betreffenden Anlage wie etwa Personalabbau angemessen planen und bewältigen kann. Zudem entspricht er auch in etwa dem Vorlauf, den anderen Kraftwerksbetreiber in anderen Verfahren der Bundesnetzagentur für sich reklamieren (vgl. Genehmigung Systemrelevanzausweisung der Anlage Bergkamen Block A vom 10.06.2022, Az.: 4.14.03.02/22-15#2) bzw. übersteigt sogar den Zeitraum, den die Beigeladene zum Zeitpunkt des Zuschlags im Dezember 2020 bis zum gesetzlich vorgesehenen Termin des Kohleverfeuerungsverbot in der ersten Ausschreibungsrunde am im Juni 2021 gehabt hätte, vgl. § 51 Abs. 2 Nr. 1 lit. a) KVBG, um einen Monat. Damit stünde ihr also mit einer Vorlaufzeit von acht Monaten mehr Zeit zur Verfügung als das Gesetz dies vorgesehen hätte.

Bei der Ausübung des Widerrufs wird die Bundesnetzagentur auch dafür Sorge tragen, dass eine etwaige befristete Teilnahme am Strommarkt von Heyden im Sinne des „Entwurfs eines Gesetzes zur Bereithaltung von Ersatzkraftwerken zur Reduzierung des Gasverbrauchs im Stromsektor im Fall einer drohenden Gasmanngelage durch Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energiewirtschaftlicher Vorschriften“<sup>2</sup> (BT-Drs. 20/2356) der Bundesregierung nicht beeinträchtigt wird.

3. Auch die Verpflichtung der Antragstellerin, der BNetzA beginnend vom 08.08.2022 alle vier Monate über den Stand der Planungen und Arbeiten zur Umrüstung Westfalens zu berichten, ist zulässig und begründet.

---

<sup>2</sup> Der Entwurf ist abrufbar unter: [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Gesetz/20220608-entwurf-eines-gesetzes-zur-bereithaltung-von-ersatzkraftwerken-zur-reduzierung-des-gasverbrauchs-im-stromsektor.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=20](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Gesetz/20220608-entwurf-eines-gesetzes-zur-bereithaltung-von-ersatzkraftwerken-zur-reduzierung-des-gasverbrauchs-im-stromsektor.pdf?__blob=publicationFile&v=20).

Die Verpflichtung zur Berichterstattung ist als Auflage i.S.v. § 36 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG auf Grundlage von § 26 Abs. 2 KVBG i.V.m. § 13b Abs. 5 Satz 5 EnWG zulässig. Zudem kann nur durch die Pflicht zu einer regelmäßigen Berichterstattung sichergestellt werden, dass ein Widerruf der Tenorziffer 1 im Interesse aller Verfahrensbeteiligten effektiv erfolgen kann.

Die genannte Verpflichtung ist auch begründet. Sie soll gewährleisten, dass die BNetzA in die Lage versetzt wird, bei ungeplanten Schwierigkeiten und Verzögerungen im Rahmen des Prozesses zur Installation und Inbetriebnahme der Trockenspulen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen zu können, um eine etwaig durch eine Verzögerung drohende Gefährdung oder Störung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems abzuwenden. Nur durch eine regelmäßige Berichterstattung zum jeweils aktuellen Stand der noch erforderlichen und bereits bewältigten Arbeiten zur Inbetriebnahme der Trockenspulen ist es der BNetzA möglich, ihrer aus § 65 EnWG resultierenden allgemeinen Aufsichtspflicht angemessen nachzukommen und möglichen Verzögerungen rechtzeitig entgegenzuwirken.

Die Alternative, erst bei zufälligem Bekanntwerden von Ereignissen mit Verzögerungspotential zu reagieren, ist demgegenüber nicht gleich wirksam. Die Alternative, sich ohne Anlass in unregelmäßigen Abständen Bericht erstatten zu lassen, ist ebenfalls nicht von vergleichbarer Konsequenz. Sie kann darüber hinaus sogar zusätzliche Belastungen für die Verpflichteten begründen, weil sie keine Etablierung eingespielter Prozesse erlaubt.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

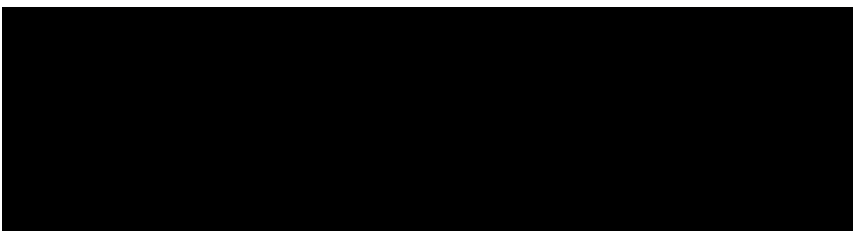
Gegen diese Entscheidung ist die Beschwerde zulässig. Sie ist binnen einer mit der Zustellung der Entscheidung beginnenden Frist von einem Monat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Zur Fristwahrung genügt jedoch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf die sich die Beschwerde stützt. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 24.06.2022

Im Auftrag



(Referatsleiterin Versorgungssicherheit Strom)